

**Betreff:**

Entwurf des Haushaltsplanes 2016/17  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 16.11.2015 -

**Antragstext:**

- (1) Äußerungen des Kämmerers in verschiedenen Gremien und Presseartikeln in den letzten Tagen war zu entnehmen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden abweichend vom am 15. Oktober 2015 in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Haushaltsentwurf in den Haushaltsjahren 2016/17 mit erheblichen Mehreinnahmen in zweistelliger Millionenhöhe rechnen kann, so dass Kürzungen bei den städtischen Ausgaben in entsprechender Höhe nicht vorgenommen werden müssen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge umgehend eine Aktualisierung des Haushaltsplanentwurfs vorlegen, aus dem die zu erwartenden Mehreinnahmen zu erkennen sind und der entsprechende Vorschläge enthält, für welche Maßnahmen die zusätzlichen Mittel verwendet werden sollen. Bei der Verwendung dieser Mittel sind vorrangig der Sozial-, der Bildungs- und der Kulturhaushalt zu berücksichtigen.

- (2) Nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfs wurde vom Kämmerer in verschiedenen Gremiensitzungen mitgeteilt, dass der Landeshauptstadt Wiesbaden ein zweistelliger Millionenbetrag im Rahmen eines „Kommunalen Investitionsprogramms“ für die Haushaltsjahre 2016/17 zusätzlich zur Verfügung stehen wird.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Die Mittel des „Kommunalen Investitionsprogramms“ sind vorrangig für Investitions-/Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten) zu verwenden.

- (3) Es gilt mit Haushaltsmitteln sparsam umzugehen. Angesichts unabweisbar notwendiger Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen Bildung (Schulbau, Kindertagesstätten), Verkehrswege und -mittel (insbesondere ÖPNV, Radverkehrs- und Fußwegenetz sowie Fahrbahndecken) und im Bereich der städtischen Bäder ist dafür Sorge zu tragen, dass kurzfristig Investitionsmittel zur Verfügung stehen, um zusätzliche Kosten durch Verzögerung der notwendigen Investitionsmaßnahmen (Folgeschäden, steigende Baukosten) zu vermeiden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Mit den Erlösen einer vorzunehmenden Anhebung der Hebesätze bei der Gewerbe- und Grundsteuer ist ein Investitionsfonds zu bilden, um den angewachsenen Investitions- und Sanierungsstau zügig abzarbeiten, um künftig höhere Ausgaben durch wachsende

## Antrag Nr. 15-F-08-0055 Linke&Piraten

---

Baukosten einzusparen. Der Erhöhungsbetrag soll dazu dienen ein Investitionsvolumen von jeweils 100 Millionen € in den Haushaltsjahren 2016/17 zusätzlich zu finanzieren (siehe anbei gefügte Modellrechnung).

Diese Mittel sind für Investitionsmaßnahmen in den Dezernaten V, II, IV und I (mit entsprechender Gewichtung) zu verwenden.

- (4) Erhebliche Mittel könnten eingespart werden, dadurch dass öffentliche Aufgaben durch die Stadtverwaltung - unter Kontrolle der städtischen Gremien und der Öffentlichkeit - selbst vorgenommen werden statt durch Gesellschaften.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge Vorschläge ausarbeiten, wie und welche Aufgabenbereiche, die jetzt durch Gesellschaften wahrgenommen werden, in die Kernverwaltung zurückgeführt werden können, um dadurch - insbesondere bei der Geschäftsführung anfallende - Kosten einzusparen und eine effektivere Verwendung von städtischen Mitteln zu erreichen.

- (5) In den zurückliegenden Jahren stellte die Zuführung von Erträgen der Gesellschaften, an denen die Landeshauptstadt Wiesbaden (zum Teil zu 100%) beteiligt ist, eine nicht unerhebliche Einnahmequelle des städtischen Haushalts dar.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge darlegen, wie hoch die Einnahmen aus städtischen Beteiligungen an Gesellschaften in den Haushaltsjahren 2012/13 sowie 2014 waren und welche Einnahmen aus Zuführungen von Gesellschaften für das Jahr 2015 sowie den Haushalt 2016/17 erwartet werden.

Wiesbaden, 16.11.2015

gez. Hartmut Bohrer  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Bernd Fachinger  
Fraktionsassistent